

THELENS TAGEBUCH

Dem Schriftsteller William Faulkner war das Glück des hohen Alters nicht beschieden. Der heute auf den Tag vor 124 Jahren geborene US-Amerikaner starb am 6. Juli 1962 mit nur 64 Jahren. Viel zu früh. Was hätte der Mann noch Bücher schreiben können. Einer seiner Romane trägt den Titel „Wendemarke“. Und da muss man natürlich sofort an den morgigen Wahlsonntag denken. Wird der 26. September 2021 eine Wendemarke bedeuten? Egal, wie das Rennen ausgeht, die Unterlegenen sollten sich nicht grämen. „Aber mit der Zeit wirst du alt, dann siehst du den Tod. Dann begreifst du, dass nichts – nichts – nicht Macht noch Ruhm, Reichtum, Genuss oder Schmerzlosigkeit soviel wert ist wie die einfache Fähigkeit zu atmen, wie das einfache Am-Leben-sein ...“ Wir sollten wieder mehr Faulkner lesen.



LEUTE



Der niederländische Journalist und Historiker **Gert Mak** (Foto: imago/stock&people) erhält am 15. Oktober in Aachen die Karlsmedaille für europäische Medien. Die „Médaille Charlemagne pour les Médias Européens“ wird seit dem Jahr 2000 im Rahmen der Karlspreis-Feierlichkeiten an eine europäische Persönlichkeit oder Institution verliehen, die sich auf dem Gebiet der Medien um den Prozess der europäischen Einigung verdient gemacht hat. Mit Vergabe der 20. Karlsmedaille würdigt das Kuratorium des Vereins „Médaille Charlemagne“ den Einsatz des Rechtswissenschaftlers und Soziologen Mak für den europäischen Gedanken: „Mit seinen klugen Beobachtungen des europäischen Kontinents“ zeichne Mak „eine detaillierte Chronik der letzten 30 Jahre und formuliert eine hoffnungsvolle Perspektive in einer Zeit extremer geopolitischer Veränderungen“. Die Laudatio auf Mak hält der frühere SPD-Parteivorsitzende und ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz. (epd)

KONTAKT

Politikredaktion

☎ 0241 5101-393
🕒 Mo.-Fr. 10-18 Uhr
📧 politik@medienhausachen.de

IMPRESSUM

Aachener Zeitung

Eifeler Zeitung, Stolberger Zeitung, Eschweiler Zeitung, Geilenkirchener Zeitung, Heinsberger Zeitung, Dürener Zeitung, Jülicher Zeitung.

Herausgeber: Aachener Verlagsgesellschaft mbH
Chefredakteur: Thomas Thelen (verantwortlich),
stellvertretender Chefredakteur: Amien Idries,
Chefin vom Dienst: Anja Clemens-Smicek.
Verlag: Medienhaus Aachen GmbH
Geschäftsführung: Andreas Müller
Postanschrift: Postfach 500 110, 52085 Aachen
Dresdener Straße 3, 52068 Aachen.
Anzeigen: Jürgen Carduck
Druck: Euregio Druck GmbH,
Dresdener Straße 3, 52068 Aachen.

Bei Nichtlieferung der Zeitung ohne Schuld des Verlages – etwa in Fällen höherer Gewalt oder durch Störung des Arbeitsfriedens – entsteht kein Entschädigungsanspruch.
Keine Gewähr für unverlangte Manuskripte.
Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1. Januar 2021.
Die Kündigungsfristen für den Bezug der Zeitung richten sich nach dem jeweiligen Abonnementvertrag.
Im Abonnements- und Einzelverkaufspreis sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.

Für die Herstellung der Aachener Zeitung und ihrer Heimatzeitungen wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Ein Appell für den Klimaschutz

Zwei Tage vor der Bundestagswahl gehen „Fridays for Future“ wieder auf die Straße. Bei der Klimakonferenz im November in Glasgow wird noch die scheidende Regierung verhandeln.

VON JAN DREBES
UND BIRGIT MARSCHALL

BERLIN Mehr als 15.000 Menschen trafen sich Schätzungen zufolge bis Freitagmittag vor dem Reichstag, zogen durch das Regierungsviertel und sammelten sich dann wieder vor dem Sitz des Parlaments für die Rede von Greta Thunberg. Die Gründerin der globalen Klimabewegung in Berlin, zwei Tage vor der Bundestagswahl. Die Schwedin rief den Tausenden Menschen vor dem Reichstagsgebäude zu: „Ihr müsst wählen gehen, aber das ist nicht genug.“ Thunberg warf Deutschland vor, weltweit der viertgrößte CO₂-Emittent zu sein. „Mit 80 Millionen Menschen ist das schon eine Leistung“, sagte Thunberg und nannte Deutschland einen der größten „Klima-Schurken“.

Weltweit waren 1500 Veranstaltungen geplant, allein in Deutschland an 470 Orten. Rund 200 Organisationen unterstützten den Klimaprotest. Alle drei Kanzlerkandidaten von Union, SPD und Grünen – Armin Laschet, Olaf Scholz und Annalena Baerbock – betonten die Bedeutung eines konsequenten Klimaschutzes.

Doch mit der Bundestagswahl schaltet auch die Bundesregierung in den Standby-Modus. Dabei stehen noch wichtige internationale Termine an: Ende Oktober kommen in Rom die Staats- und Regierungschefs der G20-Runde zusammen, also der 20 wichtigsten Industrieländer. Unmittelbar danach beginnt die 26. Klimakonferenz in Glasgow. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) wird dann noch einmal auf der wichtigen Bühne stehen, auch wenn sie bald danach aus dem Amt scheiden dürfte. Sie ist international hoch angesehen, gilt als verlässliche Verhandlungspartnerin. Weitere Haushaltsmittel könnte sie in Verhandlungen jedoch nicht mehr einfach zusagen. So musste Deutschland sich in einer ähnlichen Situation 2017, als es noch keine neue Bundesregierung gab, beim Beitritt zur Kohleausstiegsoffensive zurückhalten und trat dem Bündnis erst viel später bei.

Die Sorge, dass der Regierungswechsel internationalen Verabre-



Die schwedische Klimaaktivistin Greta Thunberg (M.) nimmt in Berlin an einer Demonstration der Bewegung „Fridays for Future“ teil – eine von rund 470 Aktionen an diesem Tag allein in Deutschland.

FOTO: DPA

dungen beim Klimaschutz im Wege stehen könnte, teilt man in der aktuellen Bundesregierung nicht. Derzeit ist Umweltstaatssekretär Jochen Flasbarth im Gespräch insbesondere mit Schwellenländern, um Zusagen für die Klimaschutzfinanzierung einzusammeln. 100 Milliarden Euro pro Jahr sind das Ziel, man steht bei Entwicklungsländern im Wort. 2019 kamen nur 80 Milliarden Euro zusammen, damals traten die USA unter Präsident Donald Trump aber noch als Bremser auf. Mit seinem Nachfolger Joe Biden soll das nun anders werden. Erst vor wenigen Tagen sagte er bei der UN-Vollversammlung in New York weitere Erhöhung der Mittel auf dann elf Milliarden Dollar zu. Positive Signale kamen zuletzt auch aus China. Die Volksrepublik will keine Kohlekraftwerke in anderen Län-

dern mehr finanzieren.

Beim G20-Gipfel und insbesondere in Glasgow wird es dann darum gehen, mehr Klimaschutzzusagen von Schwellenländern zu verhandeln und weniger neue Kohleleimer zu beschließen. Denn bislang steuert die Welt trotz deutlich verschärfter Klimaschutzpläne der EU weiter auf 2,7 Grad Erderwärmung zu – statt der angepeilten 1,5 Grad. Immerhin: Vor dem Pariser Klimaabkommen sei man auf dem Pfad von drei bis vier Grad gewesen, hieß es aus der Bundesregierung.

„Wir müssen bei der Konferenz als Europäer auf Basis des Green Deals geschlossen für Fortschritte der globalen Klimapolitik auftreten“, sagte Andreas Jung, der im Kompetenz-Team von Unions-Kanzlerkandidat Armin Laschet für den Klimaschutz zuständig ist. Deutschland

werde seinen Beitrag zum internationalen Klimaschutz leisten: „Hier leben ein Prozent der Weltbevölkerung, aber wir haben zwei Prozent des globalen CO₂-Ausstoßes. Schon deshalb müssen wir hier entschieden handeln. Aber wir haben darüber hinaus eine doppelte Verantwortung: Wir müssen konsequent Klimaschutz so umsetzen, dass wir Arbeit und Wertschöpfung stärken.“

Die Umweltorganisation Greenpeace hat die Bundestagsparteien aufgefordert, sofort nach der Bundestagswahl eine härtere Klimaschutzpolitik zu verfolgen. Deutschland müsse in Glasgow eine Linie vertreten, die das 1,5-Grad-Ziel bei der Erderwärmung „zur Richtschnur aller Entscheidungen“ macht, sagte Greenpeace-Deutschland-Chef Martin Kaiser unserer Redaktion.

Ehrlicher, klüger, stärker

Frank-Walter Steinmeier vor der UN-Vollversammlung.

VON MICHAEL FISCHER

NEW YORK Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat eine ehrlichere, klügere und stärkere deutsche Außenpolitik als Konsequenz aus dem Scheitern des Westens in Afghanistan angemahnt. Ein „Rückzug von der Welt“ sei keine Option, sagte er am Freitag in der ersten Rede eines Bundespräsidenten vor der UN-Vollversammlung seit fast 40 Jahren.

Steinmeier plädierte eindringlich für mehr deutsche und europäische Verantwortung in der Welt – auch militärisch, aber nicht nur: „Militärische Stärke ohne den Willen zur Verständigung, ohne Mut zur Diplomatie macht die Welt nicht friedlicher. Wir brauchen Verhandlungsstärke ebenso wie Verteidigungsstärke.“

Warnung vor Rissen

Mit Blick auf den aktuellen Streit zwischen den USA und Frankreich über einen neuen Indopazifik-Pakt der Amerikaner warnte Steinmeier davor, das transatlantische Bündnis aufs Spiel zu setzen: „Kein kurzfristiger Vorteil ist es wert, dass unsere transatlantische Geschlossenheit Risse bekommt. Darauf sollten wir miteinander achtgeben.“

Die USA hatten vergangene Woche ohne Absprache mit den Nato-Partnern ein neues Bündnis mit Australien und Großbritannien ge-

schmiedet und damit ein milliardenschweres U-Boot-Geschäft der Franzosen platzen lassen. Das löste wütende Reaktionen in Paris und auch Irritationen in Deutschland und anderen EU-Ländern aus.

Steinmeier hatte als Außenminister in seinen beiden Amtszeiten von 2005 bis 2009 und von 2013 bis 2017 schon mehrfach vor den Vereinten Nationen gesprochen. Als Bundespräsident war es aber eine Premiere für ihn. Die erste und bisher einzige Rede eines deutschen Staatsoberhaupt vor der Vollversammlung hatte Karl Carstens 1983 gehalten.

Steinmeier ging ausführlich auf die Folgen der Machtübernahme der islamistischen Taliban in Afghanistan ein. Den Fall von Kabul bezeichnete er als „Zäsur“ in der internationalen Politik. Deutschland trage eine Mitverantwortung dafür, dass es nicht gelungen sei, eine selbsttragende politische Ordnung in Afghanistan zu errichten. Resignation wäre aber die falsche Lehre. Stattdessen bedeute „dieser Moment der geopolitischen Ernüchterung“ dreierlei für die Außenpolitik: „Wir müssen ehrlicher, wir müssen klüger, aber auch stärker werden.“

Steinmeier unterstützte zwar die Erhöhung der deutschen Verteidigungsausgaben, sagte aber auch: „Zukünftige Generationen werden uns nicht an militärischer Stärke heute messen, sondern daran, ob wir in der Lage waren, Probleme und



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier spricht vor den UN.

FOTO: DPA

Konflikte zu lösen.“ Und dazu gehöre eben auch die Diplomatie. Damit knüpfte Steinmeier an die Rede des US-Präsidenten Joe Biden an, der eine neue Ära der Diplomatie nach dem 20-jährigen Militäreinsatz in Afghanistan ausgerufen hatte.

Der Bundespräsident richtete aber auch mahnende Worte an die USA, China und Russland, die sich derzeit im UN-Sicherheitsrat gegenseitig blockieren. „Die Vereinten Nationen sind kein wertneutraler Boxing der Weltmächte“, sagte er. Die mächtigen Staaten müssten ihrer Verantwortung für kleinere Länder gerecht werden.

EU greift Russland an

Will Moskau mit Cyberangriffen Wahlen beeinflussen?

VON ANSGAR HAASE

BRÜSSEL Die EU wirft Russland kurz vor der Bundestagswahl gezielte Cyberangriffe vor und will zusätzliche Sanktionen prüfen. Die bösartigen Aktivitäten richteten sich gegen zahlreiche Abgeordnete, Regierungsbeamte, Politiker sowie Vertreter der Presse und der Zivilgesellschaft in der EU, heißt es in der am Freitag veröffentlichten Erklärung der 27 Mitgliedsstaaten. Die Angreifer würden auf Computersysteme und persönliche Konten zugreifen und Daten stehlen. Ziel der Aktivitäten sei es, die demokratischen Institutionen und Abläufe zu schädigen.

Wegen der Kampagne mit dem Namen „Ghostwriter“ hatte bereits Anfang des Monats die Bundesregierung schwere Vorwürfe gegen die Regierung in Moskau erhoben. Eine Sprecherin des Auswärtigen Amts sagte damals, der Bundesregierung lägen „verlässliche Erkenntnisse vor, aufgrund derer die Ghostwriter-Aktivitäten Cyberakteuren des russischen Staates und konkret dem russischen Militärgespionage GRU zugeordnet werden können“. Wenig später leitete der Generalbundesanwalt wegen des Verdachts geheimdienstlicher Agententätigkeit Ermittlungen ein.

Als konkretes Beispiel für die Aktivitäten wurde von der Bundesregierung der Versand von sogenannten Phishing-E-Mails genannt. Mit

Die meisten Großspenden erhält die FDP

BERLIN Das Wahljahr spült Millionen-Einnahmen aus Großspenden in die Kassen der politischen Parteien – allerdings mit starken Unterschieden. Bislang haben die im Bundestag vertretenen Parteien rund 11,5 Millionen Euro aus Zuwendungen von mehr als 50.000 Euro eingenommen, wie die Veröffentlichung durch den Deutschen Bundestag zeigt. Zum Vergleich: 2020 waren es nur gut 2,2 Millionen Euro, die Unternehmen, Wirtschaftsverbände und Einzelpersonen spendeten.

Besonders viele Gönner hat die FDP, die bislang auf Einnahmen von rund 4,3 Millionen Euro kommt. Dahinter folgen die Grünen mit Einnahmen von mehr als 3,4 Millionen und die CDU von etwas weniger als 3,4 Millionen Euro. CDU und CSU kommen gemeinsam auf rund 3,5 Millionen Euro.

Die SPD bringt es gerade einmal auf zwei Spenden von zusammen 175.000 Euro, die Linke hat einmal 55.000 Euro überweisen bekommen. Die beiden größten Spenden – nämlich einmal 1,25 Millionen Euro und einmal 1 Million Euro – gingen auf dem Konto der Grünen ein. Dahinter liegt die FDP mit einer Spende von 750.000 Euro. (dpa)

Puigdemont auf Sardinien wieder auf freiem Fuß

MADRID Die italienische Grenzpolizei wartete schon auf den prominenten Flüchtling vor den spanischen Justiz. Kaum hatte der frühere katalanische Regionalregierungschef Carles Puigdemont auf dem Flughafen von Alghero (Sardinien) am Donnerstag das Flugzeug verlassen, wurde er festgesetzt. Grund war ein europäischer Haftbefehl des Obersten Gerichtshofs Spaniens von 2019. Nur einen Tag später war er wieder auf freiem Fuß. Die spanische Justiz wirft Puigdemont wegen des illegalen Unabhängigkeitsreferendums von 2017 unter anderem Rebellion vor. Am Freitag schon ließ die italienische Richterin Plinia Azzena den Katalanen wieder laufen. Er dürfe die Insel auch verlassen. Als nächster Gerichtstermin wurde der 4. Oktober festgelegt. (AFP)